

KONZEPTIONELLE ÜBERLEGUNGEN ZUR GESCHICHTE DES GETEILTEN DEUTSCHLANDS*

Peter Graf Kielmansegg

I.

Lassen Sie mich vorab das Offensichtliche ausdrücklich festhalten: Sie haben mich als Autor eines ganz bestimmten Buches eingeladen. Ich will deshalb auch als Autor dieses Buches zu Ihnen sprechen. Ich will die konzeptionellen Fragen, die sich den Geschichtsschreibern des geteilten Deutschlands stellen, nicht abstrakt erörtern, sondern etwas zu den Antworten auf konzeptionelle Fragen sagen, die ich in meinem Buch und für mein Buch gegeben habe.

Sich selbst zu kommentieren ist nie einfach, manchmal mißlich. Auch bin ich mir der Gefahr bewußt – das Thema beschwört sie herauf –, den konzeptionellen Überlegungen im Rückblick einen Stellenwert, eine Selbständigkeit zuzuschreiben, die sie vielleicht im Arbeitsprozeß gar nicht gehabt haben. Andererseits sind bei einem solchen Buch konzeptionelle Grundentscheidungen im Arbeitsprozeß vermutlich auch dann wirksam, wenn sie gar nicht ins Bewußtsein treten. Es liegt ja auf der Hand, daß es sich um eine historiographische Aufgabe handelt, die ohne folgenreiche konzeptionelle Grundentscheidungen gar nicht zu bewältigen ist.

Natürlich schlägt, das ist nicht überraschend, bei einigen dieser Grundentscheidungen durch, daß der Autor vielleicht ein gelernter Historiker, aber eben doch ein praktizierender Politikwissenschaftler ist: in der Entscheidung beispielsweise, für eine systematische, gegen eine chronologische Gliederung; in der Organisation fast aller Abschnitte um Leitfragen, Leitthesen herum; in der Unterordnung der narrativen unter die analytische Perspektive. Aber der Hinweis darauf, daß ich meine politikwissenschaftliche Prägung in diesem Buch nicht verleugnen konnte und wollte, ist gewiß noch keine hinreichende Begründung für die konzeptionellen Entscheidungen, die ich getroffen habe.

Auch eine kurze Bemerkung zur Entstehungsgeschichte des Buches scheint mir in diesem Prolog angebracht zu sein. Die Initiative ging vom Verleger aus. Er wollte schon vor der Wende einen neuen Abschlußband für seine „Deutsche Geschichte“, die bekanntlich mit dem Mauerbau 1961 abbrach. Mein Interesse richtete sich auf eine Gesamtdarstellung und Gesamtdeutung der Epoche der deutschen Zweistaatlichkeit, die ich lieber in voller Unabhängigkeit von den Vorgaben geschrieben hätte, auf die man sich einlassen muß, wenn man sich in eine etablierte Reihe eingliedert. Wir haben einen Kompromiß gefunden: Ich schrieb einen neuen Abschlußband für Siedlers „Deutsche Geschichte“, aber ich

schrieb ihn nach meiner eigenen Konzeption, nicht für die Jahre 1961–1989, sondern für die Jahre 1945–1989.

Zur Entstehungsgeschichte gehört schließlich auch, daß ich sehr lange an diesem Buch gearbeitet habe, fast ein Jahrzehnt; ein Jahrzehnt, in dem die Geschichtsschreibung auf bestimmten Parzellen meines Themenfeldes sehr eifrig tätig war, auf anderen kaum. Es ist nicht ganz einfach, über einen so langen Entstehungszeitraum hinweg sicherzustellen, daß die einzelnen Teile nicht nur konzeptionell, sondern auch in ihrer Ausführung am Ende noch ein Ganzes bilden. Ob der lange Entstehungszeitraum dem Buch genützt oder schließlich doch geschadet hat, müssen andere beurteilen.

II.

Und damit will ich zur Sache kommen. Ich denke, daß der Geschichtsschreiber des geteilten Deutschlands vom ersten bis zum letzten Tag seiner Arbeit vor der Frage steht, wie er die erste und die zweite Hälfte des gespaltenen 20. Jahrhunderts einander zuordnen soll. Jedenfalls für mich war dies in gewissem Sinne die Basisfrage. Der Titel enthält in sehr knapper Form die Antwort, sagt also Wesentliches über die mein Buch bestimmende Konzeption. Eigentlich wollte ich dem Buch den Titel „Diesseits der Katastrophe“ geben. „Nach der Katastrophe“ ist mir ein bißchen zu flach, zu spannungslos. „Nach der Katastrophe“ läßt die Katastrophe nicht plakativ genug als die Epochenzäsur hervortreten, die sie meiner Auffassung nach ist. Vor allem lenkt die Formel „Nach der Katastrophe“ den Blick nicht nachdrücklich genug auf das Neue, das die Katastrophe hervorgebracht hat.

Aber auch in der schwächeren Form macht der Titel deutlich, daß die Katastrophe – und damit meine ich immer die zwölf Hitlerjahre insgesamt, nicht nur das Kriegsende – für mich der Ausgangspunkt ist, von dem her die deutsche Geschichte der zweiten Jahrhunderthälfte geschrieben werden muß.

Dies in einem doppelten Sinn. Der Schlußsatz der Einleitung benennt diese von der Herkunftskatastrophe bestimmte doppelte Perspektive, der meine Darstellung folgt, am prägnantesten. Deshalb will ich mich ausnahmsweise selbst zitieren: „Die deutsche Geschichte diesseits der Katastrophe ist wirklich eine neue Geschichte, kein anderes europäisches Volk hat in vergleichbarer Weise mit einer zweiten Geschichte neu begonnen. Und: Die deutsche Geschichte, die 1945 begonnen hat, ist und bleibt in einem einzigartigen Sinn eine Geschichte, die eine Vorgeschichte hat.“ Beides gilt gleichermaßen.

Das ganze Buch läßt sich in gewissem Sinn als Versuch lesen, diese paradoxe Befindlichkeit Deutschlands auszubuchstabieren. Es ist der Versuch, sichtbar zu machen, daß nach der Katastrophenzäsur tatsächlich etwas Neues begann, wie es begann und sich entwickelte. Aber es ist auch der Versuch zu zeigen, daß alle Geschichte von 1945 an Geschichte im Schatten und im Bewußtsein der einmal geschehenen Katastrophe ist und bleibt. Wobei das Fortwirken der Herkunftskata-

tastrophe in ihrer Anerkennung wie in ihrer Verdrängung, im Bewußtsein wie im Unterbewußtsein, in den Lerneffekten wie in den Traumatisierungen aufzuspüren ist. In der Perspektive, die ich in meinem Zitat benannt habe, lassen sich Bundesrepublik und DDR sehr plausibel nebeneinander positionieren: als zwei konkurrierende Versuche, im unentrinnbaren Schatten der Katastrophe deutsche Geschichte neu beginnen zu lassen.

Die erste konzeptionelle Grundüberlegung hat es mit dem Verhältnis von Vergangenheit, Gegenwart und – in gewissem Sinne – Zukunft zu tun. Die zweite betrifft das Verhältnis von Innen und Außen, von Fremdbestimmtheit und Autonomie der deutschen Geschichte seit 1945, von Subjekt- und Objektstatus Deutschlands. Es liegt auf der Hand, daß die beiden Teile Deutschlands, was dieses Verhältnis angeht, radikal verschiedenen Bedingungen unterworfen waren. Es ist ebenso offensichtlich, daß im Blick auf Westdeutschland die Frage sich für das erste Nachkriegsjahrzehnt ganz anders stellt als für die späteren Jahre. Gleichwohl, die Frage, wie weit die deutsche Entwicklung nach der Katastrophe von innen und wie weit sie von außen bestimmt war, ist eine der Schlüsselfragen an beide deutsche Geschichten für die ganze Dauer der Zweistaatlichkeit.

Für die Bundesrepublik läßt sich das damit angeschlagene Thema in weit höherem Maße als für das Protektorat sowjetische Besatzungszone und DDR auf die Formel „Deutschland und das internationale System“ bringen, eine Formel, die den Blick vor allem auf die überragende Bedeutung des Ost-West-Konfliktes für die deutsche Geschichte nach der Katastrophe lenkt. Natürlich weiß jeder mit den Dingen halbwegs Vertraute, daß der Weltkonflikt zwischen Ost und West eine dramatische Doppelwirkung für das besiegte Deutschland hatte: Er teilte das Land und er öffnete dem westlichen Teil eine historisch völlig unwahrscheinliche Chance raschesten Wiederaufstiegs. Ohne den Ost-West-Konflikt hätte die deutsche Geschichte im Schatten der Katastrophe vermutlich einen völlig anderen Verlauf genommen.

Aber weit über die dramatischen Effekte des Nachkriegsjahrzehnts hinaus gilt: Deutschland war vom ersten bis zum letzten Tag eingebunden wie kein anderes Land in die Konstellation des Weltkonfliktes. Die Bundesrepublik wurde bis tief in ihr Selbstverständnis, ihre politische Kultur von ihm geprägt. Eine Geschichte des geteilten Deutschlands kann in dieser Prävalenz des Ost-West-Konfliktes in den deutschen Verhältnissen eine ihrer analytischen Leitlinien finden. Es ist diese Überlegung, die Absicht, die überaus enge Verknüpfung des Schicksals Nachkriegsdeutschlands mit dem die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts bestimmenden Großkonflikt, der die beiden deutschen Staaten hervorgebracht hat, zu betonen, die mich dazu veranlaßt hat, an den Anfang des der Bundesrepublik gewidmeten Teils den Abschnitt „Die Bonner Republik – ihr Ort in der Welt“ zu stellen. Er macht den Versuch, die Identität der Republik in einem

ersten Schritt aus ihrer Einordnung in den Weltkonflikt, ihrer Teilhabe an diesem Weltkonflikt zu bestimmen.

Das Verhältnis von Vergangenheit und Gegenwart, das Verhältnis von Innen und Außen – die dritte konzeptionelle Grundüberlegung betrifft das Verhältnis von politischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Entwicklung im Nach-Katastrophen-Deutschland. Die Frage hat sicher nicht nur, aber doch vor allem das westliche Deutschland im Blick. Es wäre durchaus denkbar, die Geschichte des sich im Schatten der Katastrophe formierenden westlichen Deutschlands primär als eine Gesellschaftsgeschichte zu schreiben, der der politische Kontext nur den Rahmen gibt. Es wäre auch nicht undenkbar, der ökonomischen Entwicklung den Primat zuzuschreiben als der Entwicklung, die die Einwurzelung der Demokratie überhaupt erst möglich gemacht hat und die der gesellschaftlichen Entwicklung die entscheidenden Impulse gegeben hat – sozialer Wandel im Nach-Katastrophen-Deutschland ist ja wie in allen westlichen Industriegesellschaften in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wesentlich wohlstandsbedingt.

Aber ich habe mich, konventionell, für den Primat der Politik entschieden, genauer: den Primat der politischen Struktur. Die Geschichte des geteilten Deutschlands ist meiner Überzeugung nach eben doch am genauesten als das Nebeneinander von Demokratiegeschichte und Diktaturgeschichte bestimmt. Ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung sind dann einerseits als relativ autonome Kontexte von Demokratiegründung und Demokratieeinwurzelung, andererseits, im Fall der Diktatur, als integrale Bestandteile eines – letztlich scheiternden – totalitären politischen Experimentes zu verstehen.

III.

Nach diesen sehr prinzipiellen Bemerkungen zu den konzeptionellen Leitüberlegungen möchte ich etwas näher auf die Abschnitte über die Bundesrepublik und die DDR eingehen.

Ich habe schon darauf hingewiesen, daß sie in gewissem Sinne – nicht allzu schematisch – um Kernthesen herum organisiert sind. Von diesen Kernthesen soll die Rede sein.

Die Bonner Republik wird in zwei Abschnitten abgehandelt. Der eine ist überschrieben „Die Bonner Republik – ihr Ort in der Welt“, von ihm war eben schon kurz die Rede. Der andere trägt den Titel „Die Bonner Republik – Demokratie in Deutschland“.

Zum Stichwort „Ort in der Welt“ nur dies: Er ist einerseits bestimmt von dem die deutschen Verhältnisse beherrschenden Ost-West-Konflikt und andererseits, das ist der eigene, bedeutende Beitrag Westdeutschlands, von der radikalen Neudefinition der deutschen, der westdeutschen Staatsräson, die, so umstritten die großen außenpolitischen Weichenstellungen auch waren, letztlich den Konsens

hervorgebracht hat, der allein die Dauerhaftigkeit der Neuorientierung gewährleisten konnte.

Demokratie in Deutschland: Man kann die überwältigende Gunst der Umstände, an der ja gar kein Zweifel ist, so sehr hervorheben, daß der Erfolg des westdeutschen Demokratieexperimentes keiner Erklärung mehr bedarf. Man kann sich aber auch von einer anderen Überlegung leiten lassen: Nach dem ungeheuerlichen Zivilisationsbruch, als den wir die nationalsozialistische Herrschaft heute wahrnehmen, war das westdeutsche Demokratieexperiment Deutschlands letzte Chance. Wie sie genutzt wurde, wie sich der Erfolg dieses Experimentes im Schatten der Katastrophe erklärt – das ist dann doch, aller hilfreichen Umstände ungeachtet, eine sehr zentrale Frage der deutschen und der europäischen Geschichte. Eine der interessantesten Varianten dieser Frage, nahegelegt durch die Geschichte der Selbstwahrnehmung der Republik, ist die nach der Bedeutung der Frühphase für den Ausgang des Experimentes. Diese Frühphase hat zwar mit ihren außenpolitischen Weichenstellungen im Lauf der Jahre und Jahrzehnte immer mehr Anerkennung gefunden. Aber aus einer demokratiegeschichtlichen Perspektive ist sie überwiegend eher – da und dort sogar höchst – kritisch gesehen worden. Das gilt für die Zeitgenossen wie für die Geschichtsschreibung.

Ich denke, daß zumindest für die Institutionenentwicklung – und das ist für eine Demokratie keine Nebensächlichkeit – die Akzente für die Ära Adenauer, so wenig der erste Kanzler selbst ein Mann des Respekts vor den Institutionen war, anders, nämlich positiver gesetzt werden müssen.

Im übrigen ist es für das Verständnis der Demokratieentwicklung, der Konfliktgeschichte der Republik zumal mit den dramatischen siebziger Jahren im Zentrum, sehr hilfreich, die Sequenz der Generationen zu bedenken. Mir scheint, daß es gute Gründe dafür gibt, die tiefe Zäsur der sechziger Jahre vor allem generationengeschichtlich zu verstehen. Bis dahin war die Bonner Republik die Republik derer, die älter waren als sie selbst. Von da an wurde sie für etwa zwei Jahrzehnte die Republik zweier Generationen: neben die, die älter waren als die Republik, traten die Kinder der Republik. Und am Ende blieben nur die Kinder der Republik übrig.

Die Formel vom erfolgreichen Demokratieexperiment Bundesrepublik ist, das ist klar, auf Weimar zurückbezogen, stellt die Bundesrepublik in diachrotem Vergleich in den Zusammenhang der Nationalgeschichte. Mit der Frage, was für eine Art von Demokratie sich im Nachkriegsdeutschland entwickelt habe, läßt sich aber auch leicht der Übergang zur synchron vergleichenden Perspektive vollziehen, die für das Verständnis Nachkriegsdeutschlands um so wesentlicher wird, je weiter wir uns zeitlich und sachlich von Weimar entfernen. Ohne diese Perspektive ist die Bundesrepublik insbesondere dann nicht mehr angemessen zu erfassen, wenn es um die Wirtschafts- und Gesellschaftsgeschichte geht. Damit sind wir bei der Frage angelangt, wie sich die Entwicklung der Bundesrepublik

darstellt, wenn wir Westdeutschland als eine Industrie- und Wohlstandsgesellschaft westlichen Typs in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wahrnehmen.

Lange Zeit spielte für das Selbstverständnis und das Selbstbewußtsein der Bundesrepublik die Überzeugung eine Schlüsselrolle, daß sie einen besonders erfolgreichen und besonders gut ausbalancierten Typ von Marktwirtschaft entwickelt, ja geradezu erfunden habe. Und daß diese Erfindung – die soziale Marktwirtschaft – entscheidend zur wirtschaftlichen Erfolgsentwicklung der Republik und damit zu alledem, was dieser Erfolgsentwicklung an Folgen zuzuschreiben ist, beigetragen habe. Daraus ergeben sich, denke ich, drei Fragen, die für die Einordnung der ökonomischen Dimension bundesrepublikanischer Geschichte in ein Gesamtbild wichtig sind:

- Ist die soziale Marktwirtschaft deutscher Prägung tatsächlich eine eigenständige Variante im Spektrum unterschiedlich ausgeformter Marktwirtschaften? Worin bestehen ihre wesentlichen Besonderheiten?
- Wie erfolgreich war die westdeutsche Wirtschaft in komparativer Perspektive im letzten halben Jahrhundert tatsächlich?
- Hat der Erfolg etwas mit der besonderen bundesrepublikanischen Wirtschaftsordnung zu tun? Und wenn ja, wie erklärt sich dann, daß die bundesrepublikanische Wirtschaft in den ersten beiden Jahrzehnten, bis Anfang der siebziger Jahre, zu den erfolgreichsten der Welt zählte, von da an aber, jedenfalls was Wachstumsraten und Arbeitslosenquoten angeht, nur noch mittlere Plätze erreichte?

Auf keine dieser Fragen gibt es eindeutige Antworten. Aber gerade diese Uneindeutigkeit gibt der in ihrem politischen Kontext belassenen ökonomischen Geschichte der westdeutschen Demokratie für den Historiker ihren besonderen Reiz.

Die vergleichende Gesellschaftsgeschichte zeigt uns, daß Westdeutschland sich in allen wesentlichen Tendenzen in das allgemeine Muster sozialen Wandels in den entwickelten Industriegesellschaften westlichen Typs in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts einfügt. Das gilt von den demographischen Entwicklungen bis zum Säkularisierungsprozeß, von der sogenannten Bildungsexplosion bis zur raschen Auflösung der bis zur Jahrhundertmitte noch recht stabilen ländlichen Lebenswelt, von der Einkommensentwicklung bis zum sogenannten Wertewandel. Es gilt vor allem auch für das Ablaufmuster – den dramatischen Modernisierungsschub, die dramatische Modernisierungsbeschleunigung, die in den sechziger Jahren einsetzte.

Aber die vergleichende Gesellschaftsgeschichte macht auch manche Besonderheiten des deutschen Falles sichtbar. Die Vermutung liegt nahe, daß der Wertewandelschub dort, wo er eine historisch entwurzelte, in gewissen Hinsichten traumatisierte Gesellschaft traf, dramatischer wirkte als in Gesellschaften, die auf sichereren Fundamenten standen. Die unruhigen siebziger Jahre können möglicherweise so gedeutet werden.

In gewissem Sinn finden in dieser Überlegung die beiden Vergleichsperspektiven zusammen, die für den Historiker Nach-Katastrophen-Deutschlands wichtig sind: der Blick, der Nachkriegsdeutschland in die Zusammenhänge der deutschen Geschichte einordnet, und der Blick, der Nachkriegswestdeutschland als eine westliche Industriegesellschaft unter anderen wahrnimmt.

IV.

Meine Behandlung der DDR ist von manchen Rezensenten sehr kritisch kommentiert worden. Das ist gelegentlich in einer eher schlichten Weise geschehen: Seiten sind gezählt worden, und dann ist ein arges Ungleichgewicht zu Lasten der DDR konstatiert worden. Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den die DDR betreffenden Abschnitten ist praktisch nicht geführt worden. Daß bei der Seitenzählerei die beiden Abschnitte, die es mit dem ganzen Deutschland zu tun haben – der über die Jahre 1945 bis 1949 und der über die Deutschlandpolitik der beiden deutschen Staaten – einfach ignoriert wurden, will ich immerhin anmerken, im übrigen aber das Ungleichgewicht gar nicht bestreiten. Es ging mir in der Tat nicht darum, die Geschichte zweier deutscher Staaten als Parallelgeschichte zu schreiben. Es ging mir, vom Ausgangspunkt der Katastrophe her, um die Frage: Wo und wie hat die deutsche Geschichte wieder Zukunftsfähigkeit gewonnen? Ich halte die Antwort für eindeutig: Nur im Westen, und dies nicht durch irgendeinen historischen Zufall, sondern nach der Logik des Weges, der jeweils eingeschlagen wurde. Wenn es sich aber so verhält, ist es jedenfalls plausibel, die Geschichte des östlichen Experimentes anders zu behandeln und anders darzustellen als die des zukunfts-offenen westlichen Weges.

Am kommunistischen Experiment DDR hat mich die Frage interessiert, woran es gescheitert ist. Ich habe dieser Frage die Fassung gegeben: Weshalb sind alle Legitimationsstrategien der SED letztlich gescheitert? Vier solcher Strategien unterscheide ich, die antifaschistische, die sozialistische, die friedenspolitische und die wohlfahrtsstaatliche. Und ich bin dem Scheitern aller vier Strategien zweifach nachgegangen, in systematischen Überlegungen und in einem Durchgang durch vierzig Jahre DDR-Geschichte.

Dabei zeigt sich: Keine der Strategien war a priori aussichtslos. Aber mit allen geriet die SED in dem Maße in unauflösbaren Widerspruch, in dem die Sicherung der eigenen Herrschaft zum Selbstzweck, zum alles überragenden Systemimperativ wurde. Hinzu kam: Mit keiner dieser Strategien war die SED letztlich der Legitimitätskonkurrenz mit dem anderen deutschen Staat gewachsen, in der sie sich hätte behaupten müssen, um ohne Deckung durch die sowjetische imperiale Militärmacht überleben zu können. Das hat vor allem mit der uneinholbaren Überlegenheit der westlichen Ökonomie zu tun. Mir schien diese Behandlung des DDR-Themas in mancher Hinsicht interessanter zu sein als die konventionellere Behandlung der westdeutschen Entwicklung. Aber man muß

als Autor damit leben, daß Rezensenten gerade das, was man selbst für gelungen hält, nicht recht zur Kenntnis nehmen, bei einem 700-Seiten-Buch gelegentlich wohl auch nicht einmal lesen.

V.

Eine letzte Überlegung gilt der Frage, welche kontrafaktischen Spekulationen in einer Geschichte des geteilten Deutschlands ihren guten Sinn haben könnten. Ich habe vor kontrafaktischen Überlegungen weniger Scheu als andere Historiker. Ich denke, daß die Analyse von Entscheidungskonstellationen oft gar nicht ohne Erörterung der Optionen, die den Handelnden offenstanden, mitsamt ihren mutmaßlichen Konsequenzen auskommen kann.

Jedenfalls gibt es eine Frage, an der der Historiker des geteilten Deutschlands nicht vorbeikommt. Das ist die Frage, ob sich die Teilung hätte vermeiden lassen. Ist das eine Aufforderung an den Historiker, zu längst verblaßten politischen Konflikten zurückzukehren? Ich denke nicht. Mir scheint, daß diese Frage sich angesichts der Verwüstungen, die vier Jahrzehnte sozialistischer Diktatur ange richtet haben, Verwüstungen der unterschiedlichsten Art, Verwüstungen mit langfristigen Folgewirkungen, im Rückblick ganz neu stellt, mit einer moralischen Dringlichkeit, die auch und gerade der Historiker ernst nehmen sollte.

Neu, auf einem neuen Niveau stellt sie sich, weil es nicht mehr um Schuldvorwürfe geht. Es gibt inzwischen kaum jemanden mehr, der bestreiten würde, daß sehr gute Gründe für die Entscheidungen sprachen und sprechen, die Westdeutschland auf den Weg geführt haben, den es tatsächlich gegangen ist. Aber andererseits sehen wir auch viel deutlicher als je zuvor die elementare Ungerechtigkeit, die darin liegt, daß die Geschichte den einen Deutschen das Tor zur Zukunft weit öffnete, und den anderen die Rechnung für die gemeinsame deutsche Vergangenheit präsentierte, sie gleichsam für fast ein halbes Jahrhundert festhielt in der Katastrophe. Die Frage, ob es keinen anderen gangbaren Weg gab als den der Teilung, stellt sich angesichts dieser Ungerechtigkeit mit einigem Nachdruck. Es ist letztlich noch immer vor allem eine Frage an die sowjetische Deutschlandpolitik des ersten Nachkriegsjahrzehnts.

Anders als die, die meinen, die Quellenzugänge der neunziger Jahre hätten uns plötzlich neue Gewißheit beschert oder die alten Gewißheiten endgültig bestätigt, denke ich, daß die verfügbaren Quellen uns noch immer keine volle Klarheit darüber verschaffen und möglicherweise nie verschaffen werden, wie offen die sowjetische Deutschlandpolitik war. Sicher ist aber doch wohl, daß Neutralisierungslösungen das Äußerste waren, worauf die Sowjetunion sich vielleicht noch eingelassen hätte. Was das für die deutsche und die europäische Geschichte bedeutet hätte, ist endgültig unbeantwortbar. Aber so viel wird man doch sagen können: Die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft wäre so, wie sie sich vollzogen hat, nicht möglich gewesen. Damit stehen wir an einem

Punkt, an dem die Verflechtungen zwischen deutscher und europäischer Geschichte ins Bild kommen.

Formelhaft sind sie so zu beschreiben: In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts waren sie auf eine einzigartige Weise destruktiv. Deutschland hat Europa zerstört. Für die zweite Jahrhunderthälfte hingegen gilt: Die deutsche Geschichte, aus europäischer Perspektive betrachtet, stellt sich als die Geschichte eines bedeutenden, konstruktiven Beitrags zur Neukonstituierung Europas dar. Auch die Wiedervereinigung fügt sich in diese europäische Lesart der deutschen Nachkriegsgeschichte ein.

Die fünfundvierzig Jahre der Teilung, die fünfundvierzig Jahre des Weges von Berlin nach Berlin sind in gewissem Sinn den vierzig Jahren der Wüstenwanderung des Volkes Israel vergleichbar. Sie waren Jahre eines Lern- und Läuterungsprozesses, der vielleicht nur unter den Bedingungen möglich war, unter denen er tatsächlich abgelaufen ist; eines Lern- und Läuterungsprozesses, ohne den ein deutscher Nationalstaat, nun eingebettet und eingebunden in eine europäische politische Ordnung, die Bühne der Geschichte nicht noch einmal hätte betreten können.

*Vortrag am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam, 11. Mai 2001.